

wetter

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat Aktionen der Künstlergruppe Zentrum für Politische Schönheit (ZPS) mit denen der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ verglichen. „Wenn das Zentrum für Politische Schönheit bestimmte Aktionen macht, ist das Ausdruck der Kunstfreiheit, wenn die Identitären Kreuze auf dem Görlitzer Untermarkt aufstellen, dann ist der Aufschrei groß. Ich finde beides geschmacklos.“ Das Wetter in Dresden: geschmackvolle 12 Grad und Schauer.



„Eine neue Dynamik“: In Chemnitz demonstrieren 2018 Rechtsextreme Hand in Hand mit Bürgern
Foto: Michael Trammer/ imago

Mindestlohn für Azubis kommt

Auszubildende sollen mindestens 515 Euro im Monat bekommen

Die Bundesregierung will einen Mindestlohn für Auszubildende auf den Weg bringen. Vom Jahr 2020 an sollen sie im ersten Ausbildungsjahr eine Mindestvergütung von 515 Euro pro Monat erhalten, wie das Bundesbildungsministerium am Montag bestätigte. Zuerst hatten die Zeitungen der Funke Mediengruppe darüber berichtet.

In den Folgejahren soll sich die Auszubildendenvergütung laut Ministerium weiter erhöhen – im Jahr 2021 auf 550 Euro, ein Jahr später auf 585 Euro und ab 2023 auf 620 Euro. Zudem seien Aufschläge für Lehrlinge im zweiten, dritten und vierten Ausbildungsjahr geplant. Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) strebt einen Kabinettsbeschluss bereits für diesen Mittwoch an.

Die Einführung des gesetzlichen Azubi-Mindestlohns würde sich in etwa 10 Prozent der Ausbildungsbetriebe unmittelbar auswirken, schätzt das in Bonn ansässige Bundesinstitut für Berufsbildung. Dabei seien kleine und kleinste Betriebe, Firmen im Handwerk und Unternehmen im Osten besonders betroffen.

Mit der Reform würde erstmals in Deutschland eine gesetzliche Untergrenze für die Vergütung von Azubis festgeschrieben. Umstritten war in der Regierung laut Zeitungsbericht zuletzt die Höhe der Lohnzahlungen. Dazu heiße es aus dem Ministerium: „Die festgesetzte Höhe der Mindestauszubildendenvergütung ist Anerkennung der Leistung der Auszubildenden im Betrieb. Andererseits muss aber auch sichergestellt sein, dass die Motivation der Betriebe erhalten bleibt, Ausbildungsplätze anzubieten.“ Bildungsministerin Karliczek habe deswegen im Vorfeld Zugeständnisse gemacht: Dort, wo es aktuell Tarifverträge gebe, könne es passieren, dass Azubis auch weiterhin weniger als die Mindestvergütung bekämen. (epd)

brief des tages

Patriarchaler Krieg

„Mit erhobenem Kopf“, „Suche nach dem deutschen Islam“, taz vom 3. 5. und 9. 5. 19
Mich stört der Generalverdacht, unter dem alles Islamische betrachtet wird. Edith Kresta fordert ein Verbot des „Kinderkopftuchs“ für Mädchen und Frauen unter 18 in der Schule. Dass hier mal wieder ein nur Frauen trefendes Verbot diskutiert wird, ist keine Zeile wert. Spielen wir da nicht den patriarchalen Stellvertreterkrieg, der sich über die Macht über die Köpfe der Frauen definiert, mit? Dass 16- und 17-jährige Frauen als Kinder bezeichnet werden, könnten sie als abwertend empfinden. Die 16-jährige syrische Nachhilfeschülerin meiner Mutter, die seit einer Weile, offensichtlich im Zuge der Identitätssuche, selbstbewusst Kopftuch trägt, würde es zu Recht als abwertend empfinden, wenn das als „Kinderkopftuch“ abgekanzelt würde.

In dem anderen Artikel wird die dumme Meinungsäußerung, dass in der Familie im Zweifel der Mann entscheiden soll, weil die Frau schwächer sei, als grundgesetzwidrig dargestellt. Also ich denke, das ist locker von der Meinungs- und Religionsfreiheit des Grundgesetzes gedeckt. Davon ist ja auch die dumme Meinung gedeckt, dass Frauen bestimmte Jobs – Priesterin zum Beispiel – nicht machen können. Silke Karcher, Berlin



„Beunruhigende Netzwerkbildung“

Der Verfassungsschutz warnt vor immer erfolgreicherer Extremisten: Schranken zum Bürgertum fielen, im Internet florierende Hetze. Das Amt schaut nun auch auf Neurechte

Aus Berlin **Konrad Litschko**

Die Warnung von Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang ist ernst. Es gebe eine „neue Dynamik“ im Rechtsextremismus, eine „beunruhigende Netzwerkbildung“. Auch auf linksextremer Seite weichen Grenzen zu bürgerlichem Protest auf, falle das Gewalt-Tabu gegen Personen. Und im Internet florierten Falschmeldungen. All dies sei ein „handfestes Problem“.

Haldenwang spricht seine Warnung am Montag auf dem alljährlichen Symposium seines Bundesamts in Berlin aus. Ging es dort in den letzten Jahren, unter Hans-Georg Maaßen, zumeist um den Islamismus, setzt Haldenwang – seit Herbst 2018 im Amt – diesmal einen anderen Schwerpunkt: die „Entgrenzung“ des Extremismus.

Demokratische Spielregeln würden zunehmend infrage gestellt, warnt Haldenwang. Extremisten würden Unzufriedenheiten in der Mitte der Gesellschaft aufgreifen, den Staat verächtlich machen, sein Gewaltmonopol infrage stellen und mit Fake News „Verwirrung und Zwietracht“ stiften. Gerade in sozia-

len Onlinemedien nehme sein Amt ein „massives Einprasseln von Falschmeldungen“ wahr.

Und die Extremisten seien damit erfolgreich, so Haldenwang: Lange lehnte die Gesellschaftsmitte ein Zusammentun mit Radikalen ab – diese Schranke sei gefallen. In Chemnitz habe man dies auf rechtsextremer Seite gesehen, im Hambacher Forst auf der linksextremen. Und das habe Folgen: Gewalt werde wieder enthemmt. Am Ende stünden „ganz konkrete Opfer“ – angegriffene Migranten, Politiker, Polizisten, Journalisten.

Die „Entgrenzung“ des Extremismus ist der Begriff der Stunde in den Sicherheitsbehörden. Und einer der ersten Schwerpunkte von Haldenwang. Bereits mit Amtsantritt stockte er seine Rechtsextremismusabteilung um 50 Prozent auf. Zu Jahresbeginn stuft er die AfD als extremistischen Prüffall ein.

Über die AfD redet Haldenwang an diesem Tag nicht. Aber er erwähnt deren neurechte Mitstreiter. Auch in dieser Szene – Haldenwang nennt das Institut für Staatspolitik um Götz Kubitschek, dessen Antaios-Verlag und das Compact-Magazin –

werde „systematisch die Grenze des Sagbaren erweitert“, würden „Tabuzonen im politischen Diskurs abgebaut“. Dort würde subtiler statt von Rasse von Kultur und Ethnien gesprochen, so Haldenwang. Aber auch das sei „nicht zu unterschätzen“. In den Landesämtern wurde diese Warnung schon länger ausgesprochen und das Bundesamt zum Handeln gedrängt. Hal-

Das Ziel des Geheimdiensts: Er will mehr online überwachen – aber das Justizministerium blockt

denwang bewegt sich hier nun.

Seine Mission ist aber noch eine andere: Er will mehr Befugnisse zur Online-Überwachung. Hier legte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bereits einen Gesetzentwurf vor, der dem Verfassungsschutz das Mitlesen verschlüsselter Messengerdienste und das Durchsuchen privater PCs erlaubt, auch das Überwachen

von Kindern. Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) aber blockiert bisher komplett: Zu weitgehend sei der Vorstoß.

Haldenwang warnt nun: Für Extremisten sei der Austausch über Onlineplattformen und Messengerdienste zentral, beides dürfe „keine Schwachstelle der Sicherheitsbehörden sein“. Seehofer hatte dem Symposium abgesagt, nun erklärt sein Staatssekretär Günter Krings, das Vorhaben werde „weiter mit allem Nachdruck verfolgt“. Es sei ein einmaliger Vorgang, dass hier ein Gesetz ohne inhaltliche Befassung „in Bausch und Bogen verworfen“ werde.

Eine Sprecherin Barleys verweist auf den Koalitionsvertrag: Dort sei eine „maßvolle Kompetenzerweiterung“ des Verfassungsschutzes vereinbart, aber auch eine Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle. „Letzteres vermischen wir völlig.“

Haldenwang appelliert schließlich auch an die Gesellschaft: Diese müsse „genau hinschauen“, mit wem sie zusammenarbeite – und sich positionieren. Derzeit aber seien die extremistischen Stimmen lauter als die demokratischen.

300 Euro Miete zurückholen

SPD-Justizministerin Barley will die Mietpreisbremse weiter verschärfen. Sie soll auch rückwirkend gelten

Von **Barbara Dribbusch**

Die Summen sind beachtlich: 3.600 Euro Mietersparnis pro Jahr bei einem Fall in München, mehr als 4.000 Euro in Berlin. So viel Geld sparten BewohnerInnen, weil sie sich gegen eine überhöhte Miete zur Wehr setzten und sich dabei auf die Mietpreisbremse beriefen, laut einer Liste der Stiftung Warentest vom Anfang dieses Jahres. Künftig könnte man bei überhöhten Mieten möglicherweise noch mehr Geld sparen: Justizministerin Katarina Barley (SPD) möchte, dass Vermieter eine überhöhte Miete auch rückwirkend zurückzahlen müssen. Unionspolitiker haben sich am

Montag bereits dagegen ausgesprochen.

Vermieter in sogenannten angespannten Wohnungsmärkten dürfen bei Neuverträgen nur Mieten verlangen, die höchstens 10 Prozent über dem geltenden Mietspiegel liegen. Bei höheren Summen können die MieterInnen nach Vertragsabschluss die Miete schriftlich „rügen“. Zeigt sich, dass die Miete tatsächlich überhöht war und dass auch der Vormieter sehr viel weniger gezahlt hat, bekommen die BewohnerInnen die überzahlte Miete aber erst ab dem Zeitpunkt dieser „Rüge“ zurück. Laut Barleys Vorschlag müsste das zu viel gezahlte Geld in Zukunft schon seit Beginn des Mietverhältnis-

ses rückwirkend erstattet werden.

Der Vorschlag sei ein Schritt in die richtige Richtung, sagte Wibke Werner, stellvertretende Geschäftsführerin vom Berliner Mieterverein. Denn viele MieterInnen scheuten kurz nach Vertragsabschluss die Konfrontation mit dem Vermieter, „diese Auseinandersetzung wird oft auf später verlagert, weil man sich ja erst mal über den Mietvertrag freut“, so Werner.

Daniel Halmer, Geschäftsführer des Rechtsdienstleisters „Wenigermiete.de“ sprach ebenfalls von einem „absolut sinnvollen“ Vorschlag Barleys. Bisher sei es für den Vermieter relativ risikofrei, bei einem Neuvertrag

eine überhöhte Miete zu verlangen, weil er weder Bußgeld noch rückwirkende Zahlungen zu befürchten habe. Bei Wenigermiete.de können MieterInnen online das Sparpotenzial ihrer Miete ermitteln und dann die Firma beauftragen. Deren Mitarbeiter setzen sich mit dem Vermieter in Verbindung, bei erfolgreicher Mietkürzung wird eine Provision fällig. Die Zahl der InteressentInnen steigt. „Wir de-emotionalisieren das Thema“, sagt Halmer.

Der hessische Ministerpräsident und CDU-Bundesvize Volker Bouffier hält den Vorstoß Barleys für „wenig sinnvoll“. Damit werde „kein neuer Wohnraum“ geschaffen.